

## **Gelingende Integration braucht einen verbindlichen Rahmen: Für ein Sofortprogramm für Integration und sozialen Zusammenhalt**

*Gemeinsame Erklärung der NRWSPD, der SPD-Fraktion im Landtag NRW, der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, der NRWSPD-Gruppe im Europaparlament und der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW anlässlich der 12. Gelsenkirchener Gespräche am 5. März 2016*

### **1. Gelingende Integration braucht ein starkes Leitbild.**

Nordrhein-Westfalen ist ein **Einwanderungsland**. Nahezu ein Viertel der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens hat einen Migrationshintergrund. Aus dieser Erfahrung wissen wir, dass erfolgreiche Integrationspolitik ein starkes und gemeinsam entwickeltes Leitbild benötigt: Das Ziel unserer Integrationspolitik ist ein **friedliches Zusammenleben** aller Menschen unseres Landes in einer offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Erfolgreiche Integration bedarf einer beiderseitigen und verbindlichen **Akzeptanz unserer Grundwerte und Regeln**, die sich aus den Menschen- und Bürgerrechten unseres Grundgesetzes ableiten. Wir fordern diese Bereitschaft zur Akzeptanz sowohl von den zu uns kommenden als auch von den hier aufgewachsenen Menschen auch ein. Die Vermittlung unserer Werte und Regeln ist für Integration von besonderer Bedeutung. Wir setzen dabei gleichermaßen auf die Integrationsbereitschaft der Zugewanderten und ihren Willen, gemeinsam mit uns in einer Gesellschaft zu leben, wie auch auf die Integrationsbereitschaft der hier schon lebenden Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen, dass aus Flüchtlingen unsere Nachbarinnen und Nachbarn sowie Kolleginnen und Kollegen werden. **Emanzipation in kultureller und religiöser Hinsicht** und nicht Assimilation ist unser Leitbild.

### **2. Wir brauchen Ordnung im Zugang nach Deutschland.**

Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Wochen und Monaten bewiesen: Wir sind **bereit zu helfen – schnell und umfassend**. Wir haben uns damit der Verantwortung für eine humanitäre Flüchtlingspolitik gestellt. Insgesamt wurden mehr als 200.000 Flüchtlinge aufgenommen. Dafür haben **Land und Kommunen die Kapazität der Unterbringungsplätze verzehnfacht**. Dieser Kraftakt wäre ohne das große Engagement von Tausenden ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und -helfern, der im öffentlichen Dienst und bei den Einrichtungsträgern Beschäftigten, von Wohlfahrtsverbänden und Hilfsorganisationen, aber auch von Städten, Gemeinden und Kreisen, der Sicherheitsbehörden und der Träger der Einrichtungen selbst nicht möglich gewesen. Es ist beachtlich, welche enorme Integrationsleistung selbst da erbracht wird, wo Städte und Gemeinden ohnehin schon seit längerer Zeit mit Strukturproblemen konfrontiert sind. Unser Dank gilt allen, die an der großen

Aufgabe der Integration Hunderttausender Menschen in unsere Gesellschaft mitwirken. Dieser gesellschaftliche Zusammenhalt ist und bleibt die wesentliche Basis für die Aufnahme und Integration der zugewanderten Menschen in unsere Gesellschaft.

Wir wissen aber auch: Um die Herausforderung einer dauerhaften Integration zu bestehen, brauchen wir eine **wirksame Reduzierung der Flüchtlingszahlen**, ein **geordnetes Verfahren bei der Aufnahme** und eine **schnelle Bearbeitung der Asylanträge**. Zahlenmäßige Obergrenzen helfen hierbei ebenso wenig wie Grenzzäune. Diese wird es mit der SPD deshalb auch nicht geben. Vielmehr geht es darum, über Bleibeperspektiven in den Herkunftsregionen die Ursachen für eine Flucht nach Europa zu verringern und damit auch eine größere Akzeptanz zur Aufnahme von Flüchtlingen in allen EU-Staaten zu erreichen. Für diejenigen, die zu uns kommen, ist der Bundesminister des Innern gefordert, für schnelle und effiziente Verfahren beim BAMF zu sorgen, die im Schnitt drei Monate nicht überschreiten dürfen.

Um Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Ländern nach unseren eigenen Kriterien steuern zu können, brauchen wir ein **Einwanderungsgesetz**. Es muss die Voraussetzungen für Einwanderung definieren und den Zuzug pro Jahr festlegen. Auch die Anzahl der Asylverfahren kann so reduziert werden. Wir erwarten von der CDU/CSU, endlich den Widerstand dagegen aufzugeben, damit die Bundesregierung zügig einen Entwurf vorlegen kann.

### **3. Gelingende Integration folgt einem klaren Konzept.**

Integration braucht Orientierung, aber auch eine Strategie und konkrete Maßnahmen. Wir richten unsere Politik dabei an folgenden Eckpunkten aus:

- **Ankommen in NRW. Mehr als Sprache:** Unser Ziel ist die umfassende gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, die dauerhaft bei uns leben werden. Deshalb müssen wir zum einen die praktischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration in Form von Angeboten zum Spracherwerb und für Kompetenzen zur Alltagsbewältigung schaffen. Informationen müssen kurz und klar verständlich in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden. Zum anderen müssen diese Angebote auch zur Vermittlung und Akzeptanz unserer Grundwerte beitragen. Deshalb wollen wir, dass alle Flüchtlinge mit einer Bleibeperspektive an einem Integrationskurs teilnehmen, in dem neben dem Erwerb von Sprachkenntnissen die Grundwerte unseres Grundgesetzes – insbesondere auch die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die sexuelle Selbstbestimmung – vermittelt werden. Dafür muss der Bund ausreichend Plätze bereitstellen. Wir brauchen außerdem Angebote, die Spracherwerb und praktische Qualifikation im Berufsleben verbinden.
- **Kein Kind zurücklassen:** Unsere bisherigen Erfahrungen in der Zuwanderungspolitik zeigen, dass die Grundsteine für eine erfolgreiche Integration ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem sowie eine anspruchsvolle Kinder- und Jugendpolitik

sind – und zwar eben nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für deren Familien. Wir wollen deshalb die bestmögliche Förderung für alle in unseren Kitas und Schulen sicherstellen und erfolgreich in einen Ausbildungs- oder Studienplatz vermitteln. So machen wir aus der Präventionskette auch eine Integrationskette und gestalten damit ein inklusives Bildungssystem, also ein Bildungssystem für alle.

- **Passgenaue Qualifizierung und Gute Arbeit:** Für die langfristige Integration von Flüchtlingen ist die Aufnahme einer Erwerbsarbeit der wichtigste Schlüssel. Asylbewerberinnen und Asylbewerbern muss deshalb eine passgenaue Qualifizierung und ein frühzeitiger Arbeitsmarktzugang ermöglicht werden. Dies kann auf lange Sicht nicht nur den Fachkräftemangel in unserem Land verringern, sondern führt kurz- und mittelfristig auch zu einer zusätzlichen wirtschaftlichen Dynamik. Wir wollen deshalb unter anderem unsere arbeitsmarktpolitischen Instrumente verbessern und einen sozialen Arbeitsmarkt für alle schaffen. Unter anderem müssen die Fördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit mit den Integrationskursen besser verzahnt und passgenaue Bildungsangebote entwickelt werden. Davon werden Zugewanderte ebenso profitieren wie Langzeitarbeitslose.
- **Zusammenleben im Quartier und in der Gesellschaft:** Gute Wohnungen zu bezahlbaren Mieten in intakten Nachbarschaften sind die drei Elemente unserer Wohnungsbau- und Quartierspolitik. Wir müssen schneller für mehr Wohnraum sorgen. Mehr noch: Wir werden für und mit allen Bewohnerinnen und Bewohnern Orte schaffen, in denen ein Leben in Sicherheit und Selbstbestimmung über alle kulturellen Unterschiede hinweg Alltag ist. Wir wollen deshalb in Bund und Land unsere begonnenen Initiativen für den qualitativen Wohnungsbau fortsetzen und verstärken. Außerdem erkennen wir die wichtige Rolle sowohl des Sports als auch von Kunst und Kultur als Integrationsmotoren und deren große Chancen für Vielfalt und gegenseitigen Respekt an. Darin wollen wir sie fördern.
- **Starke Zivilgesellschaft – konsequent gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit:** Viele Menschen legen derzeit eine enorme Hilfsbereitschaft an den Tag, um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zu unterstützen. Die übergroße Mehrheit in der Bevölkerung steht hinter ihnen. Doch leider reagiert eine Minderheit mit rassistischer Gewalt auf die gewachsene Anzahl von Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen. Mit großer Sorge blicken wir auf die wachsende Zahl rassistischer Gewalttaten auf den Straßen und auf die weit verbreitete Hetze im Internet. Dem treten wir mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaates entgegen. Mehr noch: Wir brauchen eine umfassende Strategie für den Kampf gegen Rassismus und ausländerfeindliche Hetze. Dazu gehört auch eine Stärkung und Unterstützung der Zivilgesellschaft. Die SPD hat mit dem Aufruf „Meine Stimme für Vernunft“ einen wichtigen Beitrag dazu geleistet. Wir rufen alle auf, diese Kampagne zu unterstützen. Und wir werden auf allen Ebenen unsere Anstrengungen verstärken, eine heute schon starke Zivilgesellschaft noch stärker zu machen.

**Verantwortungsgemeinschaft aller Ebenen.** Eine gelingende Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, die auch in einer fairen finanziellen Lastenverteilung münden muss. Es gilt insbesondere, die Kommunen bei dieser gesamtstaatlichen Aufgabe finanziell zu unterstützen, denn sie sind die Orte, an denen Integration gelebt und erfahren wird. Das Land NRW ist mit der Aufstellung des Haushalts 2016 u. a. in den Bereichen Bildung und Wohnen bereits in Vorleistung getreten. Nun muss auch der Bund seiner Verantwortung noch stärker gerecht werden. Durch den Druck der SPD konnten im Bund für die Kommunen bereits wichtige Verbesserungen erreicht werden, u. a. durch die Bereitstellung einer monatlichen Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber für die Dauer des BAMF-Verfahrens. Jetzt geht es um die nächsten grundlegenden Schritte: **Wir erwarten, dass der Bund seinen Anteil auf mindestens 50 Prozent der tatsächlichen Kosten von Ländern und Kommunen aufstockt, um damit insbesondere Investitionen in Bildung, Arbeitsplätze und den Wohnungsbau zu ermöglichen sowie die Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU) vollständig zu übernehmen.** Dies kommt insbesondere wirtschaftsschwachen Kommunen mit einer hohen Anzahl von Langzeitarbeitslosen und geringen Steuereinnahmen zugute.

#### **4. Anpacken für Deutschland. Akzeptanz für Integration.**

Integration ist ein Prozess, an dessen Ende Menschen vielfältiger Herkunft, unterschiedlicher Religionen und verschiedener Weltanschauungen eine gemeinsame Zukunft leben wollen. Integration setzt gemeinsame Werte, sozialen Ausgleich und echte Leistungsgerechtigkeit voraus. Integration verlangt, dass jeder Mensch die Möglichkeit erhält, Wohlstand und soziale Sicherheit zu erarbeiten.

Integration erschöpft sich so nicht in Integrationskursen. Erfolgreiche Integrationspolitik ist erfolgreiche Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik. Sie ist konkret, praktisch und oft auch kleinteilig. Vor allem ist erfolgreiche Integrationspolitik niemals nur Zielgruppenpolitik. Sie ist immer auch Politik für die ganze Gesellschaft und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Flüchtlinge, die zu unseren Nachbarinnen und Nachbarn werden, sind nur der Anlass, nicht aber der Grund für die Notwendigkeit von Zukunftsinvestitionen, die allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zugutekommen.

Alle Menschen in unserem Land – egal welcher Herkunft, Religion, egal ob mit oder ohne Migrationsgeschichte – brauchen faire Chancen auf Bildung, Arbeit, bezahlbaren Wohnraum und die Möglichkeit zur politischen und gesellschaftlichen Teilhabe. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen wir uns daher einer doppelten Aufgabe an: diejenigen integrieren, die als Flüchtlinge zu uns kommen, aber auch unsere Gesellschaft als Ganzes zusammenhalten. Gerade in strukturschwachen Regionen mit ohnehin schon hohen Arbeitslosenquoten und angespannten Haushaltslagen wird Integration nur dann gelingen, wenn wir mit unserer Politik die ganze Bevölkerung in den Blick nehmen. Jeder Integrationsplan muss in letzter Konsequenz auch ein Deutschland- und NRW-Plan sein. Wenn

wir jetzt die Kraft aufbringen, Probleme anzupacken und in ihre Lösung zu investieren, dann kann Deutschland in zehn Jahren ein stärkeres und gerechteres Land sein, als es heute ist.

Deshalb bleiben wir bei unserem Kurs: Wir werden kein Kind zurücklassen und weiterhin beharrlich die beste Bildung für alle von der Kita über Schule und Ausbildung bis zur Hochschule organisieren. Wir stärken weiterhin unsere Investitionen in eine starke Wirtschaft und gute Arbeit. Und wir sorgen für lebenswerte Städte und Gemeinden, indem wir unseren Kurs zur Stärkung der kommunalen Finanzen konsequent fortsetzen.